

Die Friedensverhandlungen in Havanna werden zurzeit sehr intensiv geführt, aber nur wenig dringt nach außen.

Die Tageszeitung EL TIEMPO geht am 1.5.2013 auf einige Verhandlungspunkte ein, darunter auch auf die noch komplizierter als erwartet laufenden Verhandlungen über den Landbesitz:

FARC hebt hervor, dass eine Einigung mit der Regierung über Landbesitz näherrückt

Während sie unterstrich, dass eine Einigung mit der Regierung über die Frage des Landbesitzes nicht mehr weit sei, vermied es die FARC, auf die Äußerung des Verhandlungsführers der Regierung, Humberto de la Calle, einzugehen, in der dieser unter Bezug auf die juristische Situation darauf verwiesen hatte, der Eintritt von Guerrillachefs in die Politik bedürfe der Einzelfallprüfung und sei keineswegs pauschal als gesichert anzusehen. Er bezog sich dabei auf die Frage der Verfolgung von Straftaten dieser Personen.

Jesús Santrich, der am Dienstag als Sprecher der FARC fungierte, beschränkte sich darauf zu sagen, de la Calle habe "in Richtung des Publikums" gesprochen und in dieser Weise müsse man seine Äußerung verstehen. Jedoch sei alles im Zusammenhang mit diesem Thema bisher reine Spekulation.

Andererseits kritisierte die FARC in ihrer Verlautbarung ausdrücklich das geänderte Gesetz über das Militär und griff dabei Fragen auf, die das Menschenrechtsbüro der UNO bereits aufgeworfen hatte. Laut dieser Organisation könnte die Reform des Gesetzes zur Bedrohung des Friedens werden, weil dadurch vermutlich schwere Straftaten Uniformierter in den Händen der normalen Strafjustiz landeten.

Daher mahnte die FARC an, "in Zeiten, in denen man nach dem Frieden sucht, liefert man einen Freibrief für jene, die furchtbare Verbrechen humanitärer Art begangen haben".

Aber die FARC hob gleichwohl die Fortschritte hervor, die mit der Regierung bei Punkt 1 der Verhandlungsagenda erzielt wurden, nämlich dem Thema der ländlichen Gebiete. "Ich denke, zwischen dieser und der nächsten Verhandlungsrunde wird man Wichtiges erfahren über diese Fortschritte", betonte Santrich.

In Bogotá sagte Landwirtschaftsminister Juan Camilo Restrepo, die Erklärungen des Guerrillachefs "bestätigen, was das Verhandlungsteam der Regierung vor wenigen Tagen erklärte, nämlich dass das Agrarthema in seinem letzten Stadium steht". Er war aber vorsichtig und fügte hinzu, man könne "nicht "Sieg!" rufen, bis die Sache zu Ende gebracht ist".....

Am Dienstag vollzog die Regierung den bisher umfangreichsten Prozess der Wiedereinsetzung von Besitztiteln an Ländereien, die von ihren Eigentümern unter dem Druck der FARC aufgegeben worden waren. Sie gab an 13 Familien die Titel an insgesamt 639 ha Land zurück, das die Aufständischen nach der Vertreibung der Eigentümer in den Gemeinden Morroa und Ovejas im Departement Sucre besetzt hatten.

Dieser Vorgang, der illustriert, welche große Ländereien die Aufständischen usurpiert hatten, wurde behandelt von einem Richter des Landwirtschaftsgerichts in Cartagena und erkennt im Ergebnis die Eigentumsrechte von Kleinbauern an über Land, das die 35. Front der FARC kontrolliert hatte.

.....

Die Bewohner der Gebiete in den Gemeinden Morroa und Ovejas litten schrecklich unter dem bewaffneten Konflikt, da Mitte der 1990er Jahre dort schwere territoriale Kämpfe zwischen Paramilitärs und der Guerrilla stattfanden, wobei die Rekrutierung Minderjähriger gang und gäbe war. Jedoch schaffte es die FARC, die Kontrolle zu behalten und sich der Ländereien zu bemächtigen, die am Dienstag rückübereignet wurden.

Das Ereignis wurde angeführt von Landwirtschaftsminister Juan Camilo Restrepo, der versicherte, dieser Vorgang beweise, dass "das Gesetz über die Opfer und die Rückübereignung von Land nicht Gegenstand der Verhandlungen in Havanna" sei und dass unabhängig vom Verursacher der illegalen Enteignung" die Regierung auch weiterhin tatkräftig vorgehen werde.

"Das alles zeigt, dass die vom Konflikt betroffenen Gemeinschaften, ihre Würde zurückerhalten dank der Politik Rückübereignung von Land durch die Regierung", hob Restrepo hervor.